

A n t w o r t

des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Kathrin Anklam-Trapp und Sven Teuber (SPD)
– Drucksache 17/10565 –

Cybersicherheit in Krankenhäusern

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/10565** – vom 14. November 2019 hat folgenden Wortlaut:

Mitte Juli 2019 kam es zu einem Hackerangriff auf rheinland-pfälzische Krankenhäuser. Gesundheitsministerin Bätzing-Lichtenthäler hat als Reaktion auf den Vorfall unverzüglich einen „Runden Tisch IT-Sicherheit“ eingerichtet, um mit allen Beteiligten über die Folgen aus dem Cyberangriff zu beraten. Darüber hinaus hat das Land für IT-Sicherheit und Verwaltung in Krankenhäusern mehr Geld vom Bund gefordert und will diese Forderung aktuell mit einer Bundesratsinitiative koppeln. Laut dpa-Meldung vom 23. September 2019 will das Bundesgesundheitsministerium der Forderung nach mehr Geld für die IT-Sicherheit in kleineren Krankenhäusern nicht nachkommen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche konkreten Ergebnisse hat der „Runde Tisch IT-Sicherheit“ bisher erbracht?
2. Wie bewertet die Landesregierung aktuell die Sicherheitslage für Cyberattacken auf Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz?
3. Wie bewertet die Landesregierung derzeit die Bereitschaft der Bundesregierung, die Krankenhäuser bundesweit mit zusätzlichen Betriebsmitteln (Bundesmitteln) zur Abwehr von Cyberattacken auszustatten?

Das **Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 3. Dezember 2019 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der „Runde Tisch IT-Sicherheit in Krankenhäusern“ ist dem Vorschlag gefolgt, eine Projektgruppe einzurichten, die die sinnvollen Maßnahmen zur Abwehr von Cyberattacken zusammenstellt und entsprechende Empfehlungen erarbeitet. Diese Projektgruppe, an der sich unter anderem auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik aktiv beteiligt, hat im September 2019 ihre Arbeit aufgenommen und wird Ende November 2019 ein weiteres Mal tagen. Ziel ist es, die Empfehlungen der Projektgruppe, die bis Ende des Jahres 2019 vorliegen sollen, Anfang des Jahres 2020 in einer weiteren Sitzung des „Runden Tisches IT-Sicherheit“ zu erörtern und zu konsentieren. Neben der Einrichtung einer Projektgruppe hat der Runde Tisch im Rahmen eines Sofortprogramms eine Ausweitung der Fördermöglichkeiten aus dem Krankenhausstrukturfonds auch auf Krankenhäuser, die bislang nicht als kritische Infrastrukturen angesehen werden, für Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit sowie eine Aufstockung der Mittel gefordert. Daneben wurden auch Verbesserungen im Bereich der Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser vorgeschlagen.

Zu Frage 2:

Die grundsätzliche Gefährdung durch Cyberattacken auf Einrichtungen kritischer Infrastrukturen, auch im Sektor Gesundheit, nimmt nach Einschätzung der Landesregierung in Übereinstimmung mit diesbezüglichen Einschätzungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik ständig zu. Dies gilt nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit.

Zu Frage 3:

Aus einer Antwort des Bundesministers für Gesundheit auf ein Schreiben der Landesregierung lässt sich erkennen, dass die Bundesregierung derzeit nicht bereit ist, die Krankenhäuser bundesweit mit zusätzlichen Betriebs- und Strukturfondsmitteln zur Abwehr von Cyberattacken auszustatten. Die Landesregierung hält weiterhin an ihrer Forderung fest und wird ihr Anliegen gegenüber der Bundesregierung erneut bekräftigen. Daneben wurde im Zuge einer vom Land Rheinland-Pfalz in den Bundesrat eingebrachten

Entschließung (Drucksache 543/19) auf die zunehmenden Anforderungen an die IT-Ausstattung und IT-Kompetenzen für die Krankenhäuser und den damit verbundenen notwendigen Schutz vor daraus erwachsenen Risiken sowie die dafür erforderlichen Finanzmittel hingewiesen.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Staatsministerin